

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelleile
ober deren Raum 25 Btg.
(Reklamen 60 Btg.)

Bezugspreis
monatlich 90 Btg., mit Frachten
100 Btg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,50 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Gerne Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst & Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Gerne Nr. 584

Nr. 15

Donnerstag, den 5. Februar 1920.

28. Jahrgang

Bittere Wahrheit.

Reichsminister a. D. Dr. Otto Landsberg, der bekanntlich zum deutschen Geschäftsträger in Brüssel ernannt ist, hat sich dieser Tage von seinen Magdeburger Wählern verabschiedet und in einer Rede über den Versailler Frieden dessen furchtbare Wirkungen auf unsere gesamte Industrie und Ernährung durch einige inhaltschwere Ziffern veranschaulicht. Seine Darlegungen waren schon deshalb eine verdienstvolle Tat, weil ein großer Teil des deutschen Volkes mit dem Messer an der Kehle immer noch in einem Taumel lebt, der ihm den klaren Blick in die allernächste Zukunft trübt und die unaussprechlichen Folgen des Versailler Vertrages in ihrer ganzen Tragweite auch jetzt noch nicht zum vollen Bewusstsein kommen läßt.

Um das Verhängnis in seiner ganzen Grauenhaftigkeit kommen zu sehen, braucht man sich nur folgende Tatsachen vor Augen zu halten: Deutschland verliert durch die Friedensbestimmungen zehn Prozent seiner Bevölkerung, gleichzeitig aber auch 20 Prozent seiner Rohstoffmittel. Von den 99 Millionen Tonnen Kohlen, die Deutschland fördert, bleiben unserer Industrie nach allen Abzügen ungefähr 19 Millionen übrig. Dadurch werden vier Fünftel unserer Arbeiter brotlos. Bei aller Revolutionseuphorie würde die Entente das einmal herausgeschüttelte Unheil jetzt nicht mehr im Handumdrehen abzuwenden können. Deshalb dürfen Volk und Regierung sich nicht erst von den Ereignissen treiben lassen, und warten, bis auch bei uns jene katastrophale Steigerung der Not eingetreten ist, wie sie in dem armen Österreich herrscht. Noch mehr als es bisher geschah, mußte vor Schreck nach Wien das ungeschwächte Heer der Entente unausgesetzt in den Ohren gellen. Gerade jetzt fände er im Entenlager einen guten Rekonvaleszenzort, der durch den nun endlich in Aktion tretenden Völkerbund noch eine willkommene Verbreiterung erfährt.

Während wir in Deutschland vielfach eine beinahe unbegreifliche Schicksalsangst bekunden, beurteilen die Pariser Staatsmänner und Politiker die Gefahren dieses Friedens viel kritischer. Wir erleben das seltsame Schauspiel, daß Frankreich plötzlich zu der schrecklichen Erkenntnis erwacht, daß sein Schicksal mit dem unsrigen auf Gedeih und Verderb verknüpft ist. Frankreich sieht und fühlt mit uns. Frankreichs ganze Zukunft baut sich auf die Erfüllung bestimmter uns auferlegter Forderungen auf, denen wir entsprechen wir außerstande sind, sofern die würgenden Knebel des Vertrags nicht schleunigst gelockert werden. Unser Bankrott würde auch Frankreich mit in den Abgrund reißen. Diese Gefahr ist zum Greifen nahe. Ihre Schwere sieht man in Frankreich bereits deutlicher als hier. Darauf deutet auch die völlig neuorientierte Politik Klobes Georges nach seiner Rückkehr aus Paris hin. Selbst Blücher von Chauvinistischer Färbung wie der „Matin“ und das „Echo de Paris“ fordern nun auf einmal die Revision des Friedens von Versailles. Das geschieht natürlich nicht aus Gründen der Humanität, aus Mitleid mit den armen Deutschen, sondern aus Furcht vor dem tödlichen Schnitt ins eigne Fleisch.

Zur Tagesgeschichte.

Die Arbeiten der Nationalversammlung.

Von parlamentarischer Seite verlautet: Die Nationalversammlung soll während ihrer nächsten Tagung, die Ende Februar beginnt, folgende Gesetzesentwürfe erörtern: das Reichseinkommensteuergesetz, die Kapitalertrag- und Einkommensteuer, das Landessteuergesetz, das Reichstags- und Präsidentschaftswahlgesetz und den Etat für das am 1. April beginnende neue Geschäftsjahr. Ein Entwurf für ein Gesetz, durch das nach englischem Muster zu Zeiten der versammlungsmäßigen gewählten Freiheits öffentlichen Versammlungen in einem gewissen Umkreis der gesetzgebenden Körperschaften nicht gestattet sind, ist bisher dem Reichsrat nicht zugegangen, doch dürfte nach den Erfahrungen des 13. Januar die Schaffung eines derartigen Gesetzes in der nächsten Zeit zu erwarten sein.

Landwirtschaft und Zwangswirtschaft.

Die Kommission zur Erzeugungsförderung im Landwirtschaftsministerium hat Richtlinien ausgearbeitet, in denen folgendes gesagt wird: Sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch verfügbar wird, werden alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben. Für die Milch müssen erhöhte Preise bewilligt werden. Der Bedarf der Erzeuger darf nicht beschränkt bleiben. Die vollkommene Befreiung der Kartoffeln von der Zwangswirtschaft ist weitgehend sicherzustellen für die dringend notwendigen Maßnahmen.

Stationsversorgung Das ganze Gebiet der Zuckerrübsenwirtschaft soll schon im Jahre 1920 freigegeben werden. Die von der Landwirtschaft zu fördernden Getreidemengen werden durch eine Umlage aufgebracht. Auszugehen ist von der Friedensanbahnung und Ernte unter Berücksichtigung der durchschnittlich eingetretenen Ernteverminderungen. Auf dieser Grundlage sind die in Provinzen und Ländern auszubahnenden Getreidemengen festzusetzen. Die Ablieferungen hinter der festgesetzten Menge zurück, so werden sie auf Kosten der Verpflichteten beschafft. Der Preis für das im Wege der Umlage zu beschaffende Getreide muß so hoch sein, daß die Erzeugungskosten auch unter ungünstigsten Verhältnissen gedeckt werden und noch ein angemessener Gewinn verbleibt. Die Umlage muß den notwendigen Brot- und Mehlbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung decken. Hierzu sind 80 Proz. der gegenwärtigen Rate, d. h. 208 Gramm Mehl auf den Verpflichtungsfall, erforderlich. Bei 31prozentiger Ausmahlung des Getreides beträgt der Bedarf für die versorgungsberechtigte Bevölkerung 5,4 Millionen Tonnen Getreide. Ueber die der Landwirtschaft frei verfügbare Menge von etwa 2,7 Millionen Tonnen darf der Landwirt frei verfügen.

v. Swinners Ansicht.

Der Korrespondent der „Daily News“ hat mit Herrn v. Swinner eine Unterhaltung gehabt. Auf die Frage, ob Deutschland, populär ausgedrückt, bankrott machen würde, bejahte Herr v. Swinner die Verwirrung in diesen Dingen. Man müsse unterscheiden zwischen dem Bankrott des Handels und dem Bankrott der Staatskasse. Gegenwärtig sei der deutsche Kredit in einem Zustand des Bankrotts, aber keine Rede sei von einem Bankrott der Staatskasse oder der Staatsform. Der Bankrott sei heute auch nutzlos. Manchmal werde das Problem erörtert, worin der Unterschied zwischen der Zahlung mit wertlosem Papier und dem Unterbleiben jeder Zahlung überhaupt bestehe. Die deutschen Banken seien vollkommen zahlungsunfähig, weil sie in Paris zu zahlen hätten und Warsscheine im Ueberflusse vorhanden sind. Dafür täte man die Regierung. Aber die Regierung könne nichts für diesen Ueberflus, denn die französische Regierung mache es ebenso. Dort komme auf den Kopf der Bevölkerung wahrscheinlich noch mehr Papiergeld als in Deutschland. Das ganze deutsche Kreditwesen schwänke. Stürze es zusammen, so dürfe man nicht glauben, daß die anderen Länder Europas sich retten könnten, denn der deutsche Kredit bedeute auch den französischen und teilweise den europäischen Kredit. Er (von Swinner) freue sich nicht darüber. Es wäre ihm lieber, wenn alle zusammen sich retteten, anstatt daß alle zusammen untergehen. Der Korrespondent fand diese Aussagen vielleicht etwas zu pessimistisch. v. Swinner erklärte jedoch, daß Deutschland einfach auf den wirtschaftlichen Bankrott und damit auf den europäischen, zusehere. Ueber die Kriegsentfesselung, meinte v. Swinner, daß sein vernünftiger Bankier in Frankreich oder England an die Möglichkeit glaube, daß Deutschland die Kriegsentfesselung zahle. Gabe man jedoch Deutschland die Möglichkeit, Kitz zu schöpfen, und Kredit für Rohmaterialien und Nahrungsmittel, dann könne es sehr bald große Summen zahlen.

Wichtig sei, daß der Arbeitswille in Deutschland größer sei, als je seit der Revolution. Nichts fehle, als die Gelegenheit zu arbeiten. In der in Berlin stattfindenden Volatalkonferenz bemerkte v. Swinner: „Die Kette versammeln sich am Besten des Sterbens.“

Neutrale und Völkerbund.

Auf Grund des Artikels 13 des Völkerbundesvertrages hat die Schweiz beschlossen, dem Völkerbund beizutreten, aber daran die Bedingung geknüpft, daß die Entente bezw. der Völkerbund, die Neutralität der Schweiz garantieren müsse. Der Oberste Rat hat diese Forderung abgelehnt. Auch Holland steht in etwa der gleichen Lage wie die Schweiz. Innerhalb der zweimonatigen Frist vom Eintritt des Friedens müssen bekanntlich die Neutrale erklären, ob sie dem Völkerbund beitreten und die holländische Kammer berät deshalb über einen Gesetzesentwurf der Regierung, der diesen Beitritt erklärt. Das holländische Kabinett erklärt, genau wie vordem das Schweizer Parlament, eigentlich hätte man einen anderen Völkerbund erwartet. Das holländische Kabinett spricht klar und deutlich, der Völkerbund sei nichts anderes als eine Allianz der siegreichen Mächte zwecks Verwirklichung bestimmter politischer, aus dem Krieg und Sieg geborenen Ziele, und weiter wird besonders scharf betont, das Ausschließen der besiegten Völker aus dem Bund, die Nichtbefreiung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit usw., der Mangel an Garantien, daß die Entscheidungen des Bundes auf Recht ge-

gründet seien, ferner, daß Kriege nicht völlig verbannt würden. Aber Holland hebt weiter hervor, seine internationale Stellung würde unerträglich, wenn es sich selbst diesen kessenden Anfängen eines Völkerbundes nicht anschloße. Es verlangt daher weiteren Ausbau der internationalen Rechtsorganisation.

Alles das haben die Schweizer in ihrer Beitrittsklärung auch gefordert, aber die Schweizer hatten besonders auf Amerikas unklare Stellung zum Völkerbund hingewiesen, während die Holländer nichts davon erwähnen. Witter aber will Holland nach Beitritt zum Völkerbund seine Neutralität aufgeben. Es behält darüber im Geheimen: „Der Beitritt wird Verpflichtungen mit sich bringen, die mit den bisherigen Neutralitätsregeln unvereinbar sind und die deshalb die Möglichkeit, in einen Konflikt gezogen zu werden, erhöhen.“ In dieser Hinsicht bringt Holland durch seinen Beitritt zum Völkerbund ein Opfer, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf und welches, auf Grund seiner geographischen Lage, größer ist, als der meisten anderen Staaten. Hierdurch unterscheidet sich die Erklärung Hollands sehr wesentlich von der der Schweiz. Die Schweiz beharrt nach wie vor auf ihrem Standpunkt, daß, solange der Völkerbund noch ein so unvollkommenes Gebilde ist, die Neutralität der Schweiz garantiert werden müsse.

Der Reichswirtschaftsrat.

Der Reichsrat stimmte der Vorlage betr. Errichtung eines Reichswirtschaftsrates zu. Nach dem Regierungsbericht soll sich dieser Reichswirtschaftsrat folgendermaßen zusammensetzen: 62 Vertreter der Forst- und Landwirtschaft, 2 der Gärtnerei, 4 der Fischerei, 62 der Industrie, 40 Vertreter des Handels, des Banken- und Versicherungswesens, 34 des Verkehrs, der städtischen Betriebe und der öffentlichen Unternehmungen, 20 des Handwerks, 20 der Verbrauchswirtschaft, 12 der Beamten- und der freien Berufe und 12 mit dem Wirtschaftswesen der einzelnen Landesverhältnisse vertraute Persönlichkeiten, die vom Reichsrat zu ernennen sind, 12 von der Reichsregierung nach ihrem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen in der Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zur Förderung geeignet sind.

Belgien und Frankreich.

Die Politisch-parlamentarischen Nachrichten erfahren aus Karlsruhe: Bei den Besprechungen, die zwischen König Albert und dem Präsidenten Poincaré in Brüssel stattfanden, wurde insbesondere die luxemburgische Frage besprochen. Dabei handelte es sich vor allem um die luxemburgische Eisenbahn, die vor 1871 durch die französische Eisenbahngesellschaft verwaltet worden war. Belgens Wünsche gingen dahin, daß Frankreich auf dieses Recht verzichte, während umgekehrt die französische Regierung wegen des großen Wertes, den die Bahn für die Eröffnung des Saarbeckens und den Verkehr nach dem linken Rheinufer besitzt, auf seinem Recht beharren will. In der Besprechung wurden nun Richtlinien festgelegt, denen zufolge Belgien an der Verwaltung teilnimmt. Die zweite wichtige Frage, über die verhandelt wurde, betraf die Lieberage, die bei einigen Waren beim Transport von Frankreich erhoben wurde, um seine heimische Industrie zu schützen. Zur einen großen Teil der Waren war diese Lieberage bereits in Gattungen genommen, um Antwerpen allein zum Hauptumschlagshafen für Glas-Verbindungen zu machen. Frankreich hat Belgien auch hierin weitere Erleichterungen zugesagt.

Der holländische Kredit.

Einem Vertreter des „Berliner Tagblattes“ erklärte Gruber über das deutsche Finanzabkommen mit Holland u. a.:

Wir brauchen während zweier Monate keine deutsche Mark ins Ausland zu geben. Damit will ich aber nicht sagen, daß wir diesen Kredit in zwei Monaten ausschöpfen werden. Der Vertrag ermächtigt uns, für 60 Millionen Gulden Lehen & mitteln aus Holland zu beziehen. Ueber die anderen 140 Millionen Gulden können wir jederzeit anderweit verfügen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Öffentlichkeit erfährt, daß auch nicht ein einziger Pfennig Provision bei diesem Abkommen ausgezahlt worden ist. Im großen Ganzen stellt das Abkommen ein Vertrauensverhältnis für die deutsche Arbeit dar. Das geht auch daraus hervor, daß nur deutsche Schatzscheine in Pfand gegeben worden sind. Die Darlehensbedingungen sind angemessen. Es werden 6 Prozent vergütet. Die Rückzahlung erfolgt nach 10 Jahren. Es ist Arbeit vorhanden, und es sind somit auch Rohstoffe vorhanden. Wenn die Verarbeit-

Kloßten schaffen — dann wird es keine Heiserichkeiten, keine Arbeitslosen und keine Arbeitsnot geben.

Erzberger wies ferner darauf hin, daß in dem deutschen Treuhänderforum für die Durchführung des Abkommens auch Konsumenten und Arbeiterführer sitzen werden und schloß:

Für das deutsche Volk gibt es nur ein Geheiß: die Arbeitslosigkeit. Die Erfolge der Aufklärung sind nicht ausgeblieben. Im Rheinland und Westfalen ist die Sechshundertschicht abgelehnt worden. Auch glaube ich, daß die Bergarbeiter sogar bald Überstunden machen werden. Es muß dringend darauf hingewiesen werden, daß wir in diesem Jahre mindestens 25 bis 30 Millionen Tonnen Kohlen mehr benötigen als im vorigen Jahre.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Scharles Ed.

Die Arbeitslosenfürsorge.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die bereits seit längerer Zeit angekündigte Reichsverordnung über die Arbeitslosenfürsorge, die diese Fürsorge auf eine neue Grundlage stellt. Nach der neuen Ordnung liegt die Fürsorge für die Arbeitslosen den Gemeinden ob, die Einrichtungen zu treffen haben, denen zufolge die Fürsorge nicht den Charakter der Armenpflege erhält. Als Ziel der Fürsorge wird im einzelnen Fall die Beendigung der Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme von Arbeit bezeichnet. Nur insoweit dieses Ziel nicht erreicht werden kann, sind Unterstützung zu gewähren. Die Arbeitslosenfürsorge soll nur Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen über 17 Jahre, die sich infolge des Krieges durch die ganze oder teilweise Arbeitslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, gewährt werden. Bei Ausländern oder Ausperrungen wird die Arbeitslosenfürsorge nicht gewährt. Es braucht nicht die volle Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden, wenn schon ein Teilbetrag genügt, die bedürftige Lage zu beheben. Ausländer erhalten Arbeitslosenunterstützung, wenn ihr Heimatstaat deutschen Arbeitslosen eine gleichwertige Fürsorge gewährt. Bezieht sich der Arbeitslose, eine ihm nachgewiesene Arbeit anzunehmen, so müssen die Gemeinden ihm die Unterstützung entziehen. Ausnahmen finden nur statt, wenn dem Arbeitslosen infolge seiner körperlichen Verfassung die nachgewiesene Arbeit nicht zugemutet werden kann, wenn für die Arbeit kein angemessener ordentlicher Lohn geboten wird, wenn die Unterstützung fiktional bedürftig ist oder wenn bei Verbeiratung die Versorgung der Familie unmöglich wird.

Die Verordnung setzt die folgenden Höchstsätze für die Arbeitslosenunterstützung fest:

Ortsklasse	A	B	C	D u. E
für männl. Personen über 21 Jahre	5,—	4,—	3,50	
un er 21	4,25	3,50	3,—	2,50
weibl. über 21				
sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	5,—	4,50	4,00	4,—
für weibl. Personen über 21 Jahre				
sofern sie im Haushalt eines andern leben	4,25	3,50	3,—	2,50
für weibl. Personen unter 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	3,—	2,50	2,25	2,—

Die Familienzuschläge dürfen insgesamt das Unterhaltsbedürfnis der gewöhnlichen Unterhaltung, im einzelnen folgende Höhe nicht übersteigen.

	A	B	C	D u. E
für einen Ehegatten	2,50	2,25	2,—	1,75
für Kinder und sonstige Unterstützungsberechtigte Angehörige	1,75	1,75	1,50	1,25

Mafgebend für die Einreihung der einzelnen Orts in die Ortsklassen ist das Ortsklassenverzeichnis, das für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen für die Arbeitslosen aufgestellt ist.

Die weiteren Bestimmungen der Verordnung betreffen die Einzelheiten der Gewährung und Berechnung der Fürsorge. So wird u. a. bestimmt, daß die Arbeitslosenunterstützung der Pfändung nicht unterworfen ist. Unter bestimmten Bedingungen kann die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen-Arbeitsnehmerorganisationen übertragen werden. Ausführungsvorschriften zu den Bestimmungen kann die Landeszentralbehörde erlassen. Die Verordnung tritt am 1. Februar in Kraft, mit Ausnahme der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an Ausländer, die erst am 1. April rechtskräftig wird.

Die Ernährungskrise.

Was die Regierung und die ihr nahestehenden Nachrichtenstellen noch bis in die letzte Zeit hinein auf entschuldigende Schritte haben, ist nunmehr doch zur Tatsache geworden: das Ernährungsministerium steht sich gezwungen, die Rationierung von 260 auf 200 Gramm und damit die wöchentliche Brotmenge von 2350 auf 1900 Gramm herabzusetzen. Die Regierung wird selbst sich keinem Zweifel darüber hingeben, welche tiefen und verhängnisvollen Eindruck diese Maßnahme auf die Bevölkerung haben muß, nachdem man ihr unentwegt versichert hat, daß die Aufrechterhaltung der Rationierung auf jeden Fall gesichert sei, wenn auch eine Verschlechterung der Güte durch einen höheren Prozentsatz der Ausmahlung leider nicht vermieden werden könne. Immer wieder wurde der Öffentlichkeit erklärt, daß die Erhöhung der Abfertigungsprämie für Brotgetreide in Verbindung mit der Fürsorge, die die Regierung zum Zweck der Bekämpfung der Lebensmittelknappheit zu ergreifen bereit und in der Lage sei, die Wirkung haben würde, daß die nicht sehr großen Bestände der Reichsgetreidespeicher beizeiten aufgefüllt werden könnten, um die Aufrechterhaltung unserer Ernährung in dem bisherigen Umfang zu gewährleisten. Die Erwartung hat nun kläglich Schiffbruch gelitten, und die breiten Massen der Bevölkerung müssen ihre Ernährungsansprüche in einem Augenblick empfindlich herabschrauben, wo die allgemeine Lage der Lebensmittellieferung auf einem sehr tiefen Punkt angelangt ist, wo die Kartoffelbesetzung der Großstädte gleich Null und die Bekleidung mit sonstigen rationierten Lebensmitteln durch die Gemeinden immer geringer geworden ist. Gleichzeitig steigen die im freien Handel erhältlichen Lebensmittel im Preise und sind im Begriff eine schwindende Höhe zu erreichen.

Die Folgen dieser traurigen Ernährungsverhältnisse sind nicht abzusehen.

Unerhörte Zustände.

Seit einigen Tagen kann man eine geradezu phantastische Auswärtswandlung der Gold- und Silbermarkenpreise beobachten. Das Vorgehen der Reichsbank, zu einem durchschnittlichen Jahresanwert Reichsgold und Reichssilbermarken anzukaufen, hat nicht in dem beabsichtigten Sinne gewirkt. Vielmehr war nämlich durch den herabgesetzten Angebot der privaten Verkauf von Gold- und Silbermarken zu verzeichnen, daß doch die Exporten zu verzeichnen. Ganz das Gegenteil ist eingetreten. In einer jähen Weise wird nunmehr in der Lage der Markteinfuhr ein solches Vorgehen zu beobachten.

Praktisch ungetroffen. Zudem die Reichsbank zur silbernen Einmünzung einen Ausverkauf von 6,50 Mark festgesetzt hatte und dementsprechend in Vertriebswegen die 2-, 3- und 5-Markstücke berechnet wurden, haben private Händler, die sich im Anzettel der Zeitungsberichte machten, zuerst 7, dann 8 und 10 Mark geboten. Seit steht die Silbermark sogar mit 12 Mark Papiergeld im Kurs. Im gleichen Maßstabe geht eine Steigerung der Preise für die Reichsgoldmünzen. Noch am 25. Januar wurden im freien Verkehr und zwar in einem durch die wüsten Händler für das Zwanzigmarkstück in Gold 200—270 Mark geboten. Am 26. Januar stand der Preis bereits auf 300, am 27. auf 350 und am 28. sogar auf 400 Mark über 500 Mark in Papier. Die skandalösen Zustände herrschen in Bezug auf die bei der Börse, wo sich angeblich das Gold- und Silbermarken spekulieren gerade auch in Gold- und Silbermarken, was man je erlebt hat. Diese unerhörten Zustände sind nichts anderes als eine Prämie für die Goldhändler. Diese Zustände kommen aber auch einer Steigerung der eigenen ehrsüchtigen deutschen Volkswirtschaft gleich, welche in schwerer Not dem Vaterland an Geld und Silbermünzen alles abgeben, was sie besitzen. Man nun sieht, daß die Münzen massenweise durch die Händler aufkauft werden und daß trotz des Ausverkaufs diese deutschen Münzen wagenweise über die Grenze geschafft werden, dann gibt es keinen parlamentarischen Ausdruck für die gesamte Empörung, die die ehrsüchtigen Teil unserer Völker ausstrahlen muß. Es ist so, daß die Regierung mit jeder Hand eingetretene allseitige Kritik hat, daß es dazu schon zu spät ist. Wie soll diese und Glauben und wie soll das Vertrauen und wie soll damit die Opferwilligkeit und Hingabe aufkommen, wenn derjenige Teil unserer Völker, der nicht so „vorzüglich“ wie die Hamster war, erkennen muß, wie er durch die Geizhalsen und Schamlosigkeit eigenen Vandalen auf das schamloseste betrogen wird.

Prozeß Erzberger—Helfferich

Berlin, 3. Febr.

Wie vorgesehen, wurden die Verhandlungen im Prozeß Erzberger—Helfferich heute früh wieder aufgenommen, nachdem sich die Parteien am letzten Sitzungstage geeinigt hatten, die Hölle, die nicht eine persönliche in wesentl. des Nebenklägers Erzberger umbedingt zu wendig machen, in dessen Abwesenheit zu verhandeln, um Zeit zu ersparen und eine Verlegung der Verhandlungen zu vermeiden. Der Nebenkläger selbst wird nach den erfolgten Dispositionen am nächsten Montag in der anwesend sein.

Heute konnte programmäßig der Fall der Vermögenswerte zur Verhandlung. Es handelt sich hier darum, daß Erzberger für dieses Verfall eine größere Menge zu verlangen haben soll, ohne zu erkennen zu geben, daß an dem Verfall finanziell beteiligt war. Er habe sich dieser Angelegenheit seiner Zeit an Gehilfen Prof. Dr. J. u. d. a. d. in einem Brief gewandt, den er als Mitglied des Reichstages unterschrieben hat. Vorgeschlagene Ermittlungen ergaben dann, daß Erzberger beteiligt war. Er selbst hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß er nur mit 1/2 Prozent beteiligt gewesen sei und angesichts dieser geringen Beteiligung es nicht für nötig gehalten hätte, das zu erkennen zu geben.

Geh. Rat J. u. d. a. d. verliest einen Briefwechsel der Vermögenswerte mit Erzberger, den er in seiner Eigenschaft als Gutachter geführt hatte. Er betonte auf die Kreuzfragen beiderseits immer wieder, daß ihm die Gelegenheit eigenartig vorgekommen sei.

Im Gegenzug hierzu sagte dann Direktor Bellag, der kaufmännische Leiter der sächsischen Vermögenswerte, daß Erzberger niemals irgendwelche geschäftliche Beziehungen zu der Gesellschaft gehabt hätte, sondern nur auf rein privatem Wege über diese Fragen verhandelt hätte.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

29. Fortsetzung.

„Sie wollen sie zum Geliebten!“ schrie der junge Gombelshausen außer sich. „Ich geh' nicht fort von hier. Ich geh' nicht fort von hier. Ich muß meine Schwester schützen!“

„Beruhigen Sie sich, junger Mann!“ lautete die erste, leiserliche Entgegnung. „Ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich Ihre Schwester heirate — das Ehrenwort eines Marchese Bonmartino!“

Und Paolo glaubte dem Wort. Er verließ Italien, ohne seine Schwester noch einmal gesehen zu haben, und verdingte sich auf einem großen Kreuzfahrtschiff als Heizer. Drinnen in Südafrika machte er sein Glück. Nie wieder hörte er von seiner Schwester. Aber vergessen hat er sie nicht: sie war der leuchtende Stern in seinen Jugendträumen. Und Salomea noch einmal sehen, sich von ihrem Glück überzeugen — das bildete das Ziel all' seiner Wünsche.

„Und nun bin ich da, und meine kleine Schwester ist tot!“ schreiet Paolo, indem er sich mit dem umgekehrten Rand eine Krone aus dem Auge wischt.

Auch Salomea ist tief ergriffen. Sie wußte nichts von den Schicksalen des Bruders ihrer geliebten Mutter. Nur einmal hatte diese zu ihrer kleinen Tochter von ihrem einzigen Bruder gesprochen, und zwar so, als sei er tot.

Während gibt der Südafrikaner seinem Körper einen Ruck, als wolle er jede räuberische Anwandlung abwerfen. „Wie kommt's?“ fragt er ganz unvermittelt. „Daß du in diesem verfluchten hohlen Haus wohnst, Kind? Und warum siehst du so dünn und vergrämt aus? Ist dein Mann ein Geizhals, daß er das schöne Geld einpöfelt?“

Trotz ihrer wehmütigen Stimmung auch Salomea lacht. „Ihr Carlo — ein Geizhals!“

„Wo sind arm, Onkel!“

„Arm? ... Warum?“

„Mein Vater ist tot, Onkel!“

„Das doch ich mir. War' beinahe neulich jaht. Wo“

hat er mit dem vielen Geld angefangen? Alles verbraucht!“

„O nein, Onkel!“

„Was denn?“

Durchdringend blitzen die scharfen Augen Salomea an.

„Ich habe nichts von seinem Geld bekommen, Onkel!“

„Richtig? ... Wer denn?“

„Seine Söhne aus erster Ehe.“

„Alles?“

„Alles.“

Paolo Rosso schweigt einige Augenblicke. Dann fragt er heftig:

„Hat deine Mutter das Testament gesehen?“

„Ja, Onkel.“

„Ist es in deinem Besitz? Kannst du es mir zeigen?“

„Nein, Onkel. Ich selbst habe es nie zu Gesicht bekommen.“

Der Südafrikaner sieht einen leeren Stuhl aus.

„Deine Mutter war ein Schaf. Sieht ihr ganz ähnlich: immer gutmütig und leichtgläubig. ... Aber du —“

„Aber du richtest er seine durchdringenden Augen auf seine Nichte — aber du bist von andern Holz. Sag' mir offen und ehrlich, Nichte Salomea, glaubst du an dieses Testament?“

Salomea schweigt, während leichte Rötchen in ihre bleichen Wangen steigt.

„Glaubst du daran?“ wiederholt Paolo Rosso mit erhobener Stimme.

„Frage mich nicht, Onkel!“

„Glaubst du daran?“

„Keine Pause.“

Dann sagt Salomea fest und bestimmt:

„Nein, Onkel Paolo. Ich glaube nicht daran.“

Ein freudiges Lächeln umspielt die Lippen des Südafrikaners. „Voll Entschlossenheit hast er sich auf beide Seiten.“

„Bravo, Kind! Bravo! Bist du ein Hauptweib! Hab' mich nicht in die geistige. Bist dir nicht so leicht was vorzusetzen! ... Uebrigens — ich werd' mich der Sache mal annehmen. Wo stehen denn deine sauberen Brüder, he? In Venedig?“

„Nein. Hier in Rom.“

„Ahl! ... Na, da ist die Sache ja leicht. Werd' sie mir langen, die Schurken, die meine Schwester verhungern ließen und jetzt auch deren Tochter darben lassen.“

Salomea ist immer bleicher geworden. Sie jubelt, sie mehr gesagt, als sie wollte.

„Onkel Paolo,“ bittet sie, die Hand auf seinen Arm legend, „du mußt mir versprechen, in der Sache seinen Eid zu tun, ohne meinen Willen.“

„Richtig versprech' ich dir nichts!“ lautet die unerbittliche Entgegnung. „Meine Schwester verhungern zu lassen. Diese Schüssel! Diese Köstlichkeit!“

Und Kinella, die, von brennendster Reue erde getrieben, soeben verstoßen den Kopf zur Tür hereinsteckt, steht, wie der Märchenprinz eine Faust macht und sie in der Schwingung, als wolle er einen unsichtbaren Feind zermalmen.

• • •

Paolo Rosso ist gegangen.

In ihrem kleinen „Salon“ sitzt Salomea Wesslau aufgestautem Kopf, tief nachdenklich, tief beunruhigt.

Kinella, die draußen am Schiffselloch, zitternd vor Erwartung, horcht und jeden Augenblick hofft, ihre Herrin durch die Tür aufsteigen, Kinella aus Herz drücken und rufen: „Hast uns aus der Armut befreit! Du bist unsere Retterin! Du bist unsere Retterin! Du bist von nun an nicht mehr ein Kindermädchen, sondern meine erste Kammergose mit ganzem Lohn monatlich!“ — Kinellas Gesicht wird immer länger und länger, als nichts dergleichen geschieht, als sie sogar einen tiefen, tiefen Seufzer vernimmt, der von allem andern, als von „großem Glück“ spricht.

Tränen verdunkeln Kinellas runde Kinderaugen. Sie ihrer Herrschaft von Herzen gungen und der Gedanke, daß sie dieselben veranlaßt zu haben, hob ihr Selbstbewußtsein. Und nun waren ihre Glücksträume Seifenblasen! Wie wie Seifenblasen! ... Ah, wie traurig das Leben ist!

Fortsetzung folgt

Nachdem der Abg. Erffurt hervorgehoben hatte, daß der Nebenkläger die Verhandlungen mit der Gesellschaft ganz allein zu führen sich ausbedungen hatte, wurde als letzter Kaufmann Bartholomäus von der Leitung der Reichsgüterstelle vernommen. Darauf verlas das Gericht auf Donnerstag.

Elend in Sibirien.

Während unsere Gefangenen aus Frankreich nunmehr nach und nach in ihre Heimat transportiert werden, schmachten in Sibirien noch Tausende von Deutschen, ohne daß die deutsche Regierung ihnen helfen kann. Ueber das traurige Los dieser Armen wird der „Köln. Zig.“ aus Sischolm berichtet:

Lloyd George hat einmal Sibirien als Zirkel- und Gefangenenland, der jeden zu verwehren drohe der fremde in seinen Händen dem rauen Schicksal preisgegeben sei. Dieses Wort hat für unsere deutschen Brüder im asiatischen Rußland eine leidvolle Erfüllung gefunden. Nach langem Schweigen sind neuerdings von einem schwedischen Offizier, der im Dienste des Roten Kreuzes Sibirien bereist hat, Nachrichten über die deutschen Gefangenen nach Sischolm gelangt. Sie haben in der gesamten Bevölkerung Schwedens einen einzigen Schrei der höchsten Mitleids hervorgerufen. Am 16. und 17. Januar brachten alle schwedischen Zeitungen ohne Ausnahme der Parteilichkeit Aufrufe zur Linderung dieser furchtbaren Not. „Der Atem stockt, wenn man von diesen menschlichen Leiden liest“, schrieb das Blatt „Aftens Tidningen“ und richtete an Japan, als das Musterland der Ordnung und des einzigen Staats, der zurzeit dazu in der Lage sei, die Aufforderung, die Sache der Menschlichkeit, die von der gerechten Kultur der weißen Rasse in den Schmutz gezogen sei, zu retten. Das Blatt „Dagens Nyheter“ veröffentlichte Lichtbilder der elenden Bretterbuden und Erdhöhlen, die in den amtlichen Berichten immer noch euphemistisch als Gefangenenlager bezeichnet wurden, und schrieb dazu: „Krankheiten, Kälte und Hunger schaffen in den jammervollen Baracken Blay. Es ist nicht schnelle Hilfe kommt, ist kaum Aussicht vorhanden, daß die Gefangenen diesen Winter überleben, denn die Hitz und herwogenden Kämpfe des russischen Bürgerkrieges haben das Elend in sichern Tod verurteilt. Unsere Pflicht gegen die Menschlichkeit ist es, für die Heimkehr der Gefangenen zur Verfügung zu stellen. Schweden darf nicht beiseite stehen.“ Die Zeitung „Social-Demokraten“ erwartete ebenfalls von Japan die erlösende Tat, das wenigstens für die Wintermonate die sibirischen Gefangenen in seinem schönen Lande in Obhut nehmen möge. — Die Bewegung greift tief in das ganze schwedische Volk hinein und bildet ein Kennzeichen für den Ekel und das Mitleid, der in Deutschland sicherlich nicht vergessen werden wird.

Die neue Orthographie!

Bekanntlich werden eifrigst Verhandlungen gepflogen wegen unserer neuen Orthographie. Hierzu die folgende Witzze:

Wenn wir jetzt bereits hätten, wie es in Deutschland so ist, dann gäbe es ja keine Notwendigkeit, sich über die neue Orthographie zu unterrichten. Man würde sich dann nur noch mit der alten Orthographie beschäftigen. Aber da wir das noch nicht haben, müssen wir uns mit der neuen Orthographie beschäftigen. Das ist die Lage der Sache. Wir müssen uns mit der neuen Orthographie beschäftigen, um zu sehen, ob wir sie annehmen können. Das ist die Aufgabe der Orthographenkommission. Sie soll uns zeigen, was wir tun können. Das ist die Aufgabe der Orthographenkommission. Sie soll uns zeigen, was wir tun können.

Die Orthographie ist eine Sache, die uns alle angeht. Wir müssen uns mit ihr beschäftigen, um zu sehen, ob wir sie annehmen können. Das ist die Aufgabe der Orthographenkommission. Sie soll uns zeigen, was wir tun können. Das ist die Aufgabe der Orthographenkommission. Sie soll uns zeigen, was wir tun können.

Die Einheitspost.

In Berlin werden in Kürze die Verhandlungen zwischen den Vertretern der bayerischen Postverwaltung und der Reichspostverwaltung sowie des Reichsfinanzministeriums beginnen. Es handelt sich um die Herstellung der deutschen Einheitspost. Die bayerische Regierung hat bereits den Entwurf eines Staatsvertrages fertiggestellt, der dem Vertrag zugrunde gelegt werden soll. Das gesamte Eigentum der bayerischen Post- und Telegraphenverwaltung soll in den Besitz des Reiches übergehen. Dafür wird eine entsprechende Entschädigung zu zahlen sein. Dieser Teil der Verhandlungen dürfte wohl längere Zeit in Anspruch nehmen. Im Gegensatz zu der materiellen Seite dürfte man aber die moralische schneller einig werden. Die in dieser Hinsicht von Bayern geforderte Entschädigung geht dahin: Wahrung des langjährigen Charakters der alten

Stellenbesetzungen und Errichtung eines Reichspostzentralamts in München als Zweigstelle des Reichspostministeriums mit weitestgehenden Befugnissen der Postverwaltung. In diesem Punkte liegen bereits Zusagen der Berliner zuständigen Stellen vor. Bei der bayerischen Landeszentralstelle sollen mindestens der Leiter und drei Viertel der Beamten dieser Abteilung geborene Bayern sein. Außerdem wird ein besonderer Bevollmächtigter des Reichsrats als Vermittler zwischen Berlin und München in allen Postfragen dienen. Gleichartige Verhandlungen werden auch mit der württembergischen Postverwaltung geführt werden.



Die Auslieferungsliste.

Versner lehnt die Uebermittlung ab.

mz. Berlin, 5. Febr. Die Note, in der die Entente die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt, ist von Herrn Millerand gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn v. Versner, überhandt worden. Obwohl v. Versner, bereits am letzten Samstag ausdrückliche Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das Auswärtige Amt weiter zu leiten, hat er die Note an Herrn Millerand zurückgeschickt mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutscher mitzuwirken. v. Versner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht und sofort erhalten.

Würde bewahren!

Berlin, 5. Febr. Oberbefehlshaber Roske erläßt folgende Kundgebung:

„Würde bewahren! So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Ententeregierung ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern gewahrt wird, daß jede Belästigung von Mitgliedern der fremdländischen Missionen und der Militärmissionen unterbleibt, damit ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen. Berlin, 5. Februar, Der Oberbefehlshaber Roske.“

Wie „Havas“ meldet, soll die Auslieferungsliste an Deutschland eine dreiwöchentliche Frist zur Auslieferung der Deutschen an den alliierten Gerichtshof in Paris stellen. Man mache sich auf einen starken Widerstand der deutschen Regierung gefaßt, den man aber durch eine neue Note brechen werde, die die Auslieferung von weiteren Kriegsschiffen verlangen und Maßnahmen in der Kohlenversorgung betreffen werde.

Kotales und Provinzielles.

Schierstein, den 5. Februar 1920.

* Die Eingemeindungsfrage. Die nächste Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung am Freitag verzeichnet u. a. folgenden Beratungsgegenstand: Stellungnahme zu der Anfrage der Stadt Biebrich auf Eingemeindung.

* Die Krieger-Siedlungsgenossenschaft hält morgen Freitagabend im „Anker“ eine Generalversammlung ab. Da wichtige Beschlüsse über die Bau-Angelegenheiten zu fassen sind, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig.

* Postdienstliches. Die Schalterdienststunden sind vom 7. Februar ab folgende: a) an Werktagen 8—9 Uhr vormittags und 3—8 Uhr nachmittags; b) an Sonn- und Feiertagen 8—9 Uhr vormittags.

* Aus der Handelskammer. Am 14. Januar hielt unter dem Vorsitz des Handelskammerpräsidenten Kommerzienrat J. Febr. nach der Wirtschaftsausschuss der Handelskammer eine Sitzung ab, und am 28. Januar trat unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Handelskammer Kaufmann L. D. Jung, der Kleinhandelsausschuss nach längerer Pause wieder zusammen. Beide Ausschüsse beschäftigten sich vornehmlich mit der Regelung des Belegungsweises im Handelskammerbezirk und mit der Bekämpfung des Wuchers im Handelsgewerbe. Bezüglich der Regelung des Belegungsweises herrschte übereinstimmend die Ansicht, zunächst nach das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband selbständiger Kaufleute im Handelskammerbezirk Wiesbaden und der Angehörigenorganisationen abzuwarten, nötigenfalls jedoch den Vorschlag des Syndikus, daß die Handelskammer unter Anführung sämtlicher Interessentengruppen die Herausgabe

eines neuen Lehrvertragsformulars in die Hand nehmen solle, gut zu heißen. Zur Bekämpfung des Wuchers wurden für weitere Kommissionsitzungen, die auf Veranlassung der H. P. Provinzialdirektion Rheinbessen in Mainz abgehalten werden sollen, je ein Mitglied der Handelskammer und des Kleinhandelsausschusses der Handelskammer bestimmt und diesen Vertretern aufgegeben, für jede Form der Wucherbekämpfung einzutreten, soweit dadurch nicht eine Belästigung und Schädigung des realen Kleinhandels zu erwarten sei. Weiter wurde beschlossen, Sachverständige für Lebensmittel, Sachverständige für Heu und Stroh, Probenehmer für Getreide und Futtermittel und einen Musterzieher und Wäger zu vereidigen; für den Antrag auf Vereidigung eines Logators für Möbel wurde ein Bedürfnis nicht anerkannt. Betreffs der Wiederherstellung der Sonntagsruhe im Tabakhandel wurde beschlossen, den entsprechenden Antrag des Zigarrenhändlervereins Wiesbaden der Polizeidirektion gegenüber zu befürworten. Der Wirtschaftsausschuss sprach sich ferner dafür aus, daß die Handelskammer fürs Jahr 1919 von der Jahresberichterstattung, zweckmäßigerweise, wie während des Krieges einbunden werde, und beauftragte den Syndikus, bei der Zusammenkunft der Handelskammern des besetzten Gebietes in Köln eine dahingehende Anregung zu geben. Betr. der Frage der Arbeitszeit der Angestellten ging die Meinung dahin, daß eine stündige Arbeitszeit, von 8 bis 1 und 3 bis 7 Uhr, in den offenen Verkaufsstellen notwendig sei, und daß statt einer täglichen die wöchentliche Festsetzung der Arbeitszeit, wie es schon bei den meisten Tarifverträgen der Fall ist, in Erwägung gezogen werden solle.

* Postalisches. Die Nachfragen nach dem Verbleib von Paketen aus Amerika gehen bei der Post, besonders in Hamburg, in solcher Zahl ein, daß sie kaum noch regelrecht bearbeitet werden können. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die deutschen Empfänger ger mit einer viel zu kurzen Beförderungsdauer rechnen. Von der Einlieferung in den Vereinigten Staaten bis zur Ankunft am deutschen Bestimmungsort vergehen infolge der verminderten Beförderungsangelegenheiten, der Benutzung vom Dampfschiffen, die unterwegs noch andere Hafenorte anlaufen und dort oft längere Zeit verweilen sowie in Folge von Verzögerungen bei der Bearbeitung der Pakete, die naturgemäß durch das gleichzeitige Eintreffen in ungeheuren Massen von Auslandspaketen entstehen, nach den gemachten Erfahrungen häufig 8—10 Wochen, während die Anfragen sich meistens auf Pakete beziehen, die kaum 4 Wochen unterwegs sind. Unter diesen Umständen können nur solche Anfragen auf Erfolg rechnen, die frühestens 8—10 Wochen nach der Einlieferung des Pakets abgefaßt werden und — wegen der in die Hunderttausende gehenden Zahl der Pakete — genaue Angaben über den Tag der Absendung und, wenn möglich, den Namen des Beförderungsdampfers enthalten. Falls der Empfänger hierüber keine Nachrichten hat, legt er sich zur Einleitung von Nachforschungen zweckmäßig mit dem Absender in Verbindung. Wie lange die Beförderung von Paketen aus Amerika unter Umständen dauern kann, dafür mag als Beispiel dienen, daß der im Oktober von New-York abgegangene Dampfer Buttonwood Anfang Januar in Hamburg noch nicht eingetroffen war. Er soll wegen Maschinenschadens in einem englischen Hafen liegen; Ueber seine voraussichtliche Ankunft in Hamburg ist nichts bekannt. Unter den 90.000 Paketen, die er für Deutschland an Bord hat, befinden sich sicher Tausende, deretwegen schon vergeblich Anfragen an die Post gerichtet worden sind. Dem Publikum kann daher nur angeraten werden, die Ankunft der Pakete mit etwas mehr Geduld abzuwarten.

Folgen der hohen Papierpreise. Die Berliner Zeitungen kosten infolge der hohen Papierpreise und der erhöhten Herstellungskosten vom 1. Februar ab 6 bis 7.50 M. für den Monat.

Vom Rheingebiet, 5. Febr. Die Preise für Jungschweine gehen bei starker Nachfrage überall wieder erheblich in die Höhe. Auf den Festtermärkten werden für 4—5 Wochen alte Tiere 180—200 M. und für Springer gar 620—700 M. per Stück gezahlt. Auffallend ist, daß bei dem weithin herrschenden starken Kartoffelmangel nicht nur die Landwirte, sondern auch andere Leute eine starke Kauflust zeigen. An Kartoffeln scheint es demnach bei diesen Leuten nicht zu fehlen, denn womit wollten sie sonst Schweine aufziehen können.

Aus aller Welt.

Ein Schieber-Sonderzug.

Der auf dem Höchst Bahnhof beschäftigte Hilfsrottenführer Anthes aus Wieser stahl Eisenbahnschwellen, Zementrohre und anderes wertvolles bahntechnische Eigentum, packte alles in Eisenbahnwaggons, stellte diese zu einem Sonderzuge zusammen und führte ihn unter Volldampf nach der Station Krißel. Hier warteten die Helfer, welche die Wagen entladen. Darauf führte Anthes seinen Sonderzug unbemerkt nach der Ursprungsstation zurück. Die Frankfurter Bahnhofskriminalpolizei erfuhr von dieser Sonderfahrt. Sie nahm Anthes fest und beschlagnahmte bei den Empfängern des Diebstahls, einer Firma in Krißel, die Ladungen. — Dieses Stück steht übrigens nicht vereinzelt da. Erst kürzlich fuhr, wie das „Sollauer Kreisblatt“ berichtet, ein Lokomotivführer von Bremen, dessen Frau, um Kuchen zu backen, diese brauchte, mit einer eigenmächtig unter Dampf gesetzten Lokomotive 80 Kilometer weit nach Sollau, erledigte dort den Auftrag seiner Frau, fuhr dann nach Friedlingen zu Besuch bei seiner Tante und kehrte hierauf mit seiner Maschine nach Bremen zurück. (Das nennt man Rohlenersparnis bei den Eisenbahnen!)

Wie kann man die Obstanlagen wäh- rend der Blüte vor Frost schützen?

Alljährlich haben die Obstanlagen durch spät auf- tretende Nachtfröste sehr zu leiden, so daß den Obstzüch- tern große wirtschaftliche Nachteile erwachsen. Diese Schädi- gungen sind es aber nicht allein, sondern auch die Ver- nichtung des zu erwartenden Obstes, das dazu bestimmt ist, dem deutschen Volke als wichtiges und gesundes Nahrungs- und Genussmittel zu erhalten, macht es dringend erforderlich, gegen diese Frostschäden anzukämpfen und die Obstbäume sicherzustellen.

Um sich gegen die alljährlich wiederkehrenden Frost- schäden zu schützen, haben die Obstzüchter und auch andere viele Methoden vorgeschlagen und auch in Anwendung gebracht. Versuche mit neuen Schutzmitteln haben infolge der örtlichen und klimatischen Verhältnisse nur ge- ringe Erfolge erbracht. Selbst das Aufhängen der Blütezeit hat zu keinem praktischen Mittel geführt. Am besten haben sich noch die Räuchermittel gegen die Frostgefahr in den Obstanlagen bewiesen, da der Rauch die gefrorenen Blütenknospen vor der Einwirkung der Sonnenstrahlen schützt und dadurch eine schnelle Ver- dampfung der ihnen anhaftenden Feuchtigkeit verhindert und die Knospen auf diese Weise vor dem Erfrieren schützt. In den Weinbaugebieten werden seit den undenk- lichen Zeiten die Räuchermittel angewandt. Es bestehen dort sogenannte „Räucherwehren“, die die Aufgabe haben, bei nahender Frostgefahr ihre Tätigkeit in den Wein- bergen aufzunehmen, insofern als sie an bestimmten Stellen in den Weinbergen Feuer anzulegen und zu unter- halten haben. Bei der Anlage der Feuer muß natür- gemäß auf die Windrichtung Rücksicht genommen werden.

Es gibt nun aber auch viele in den Handel gebrachte Räuchermittel, die ungünstig auf die Obstanlagen ein- wirken. Diese Räuchermittel sind entweder zu teuer oder erzeugen zu viel Rauch. Sehr gute Erfolge hat das vom Deutschen Pomologenverein erworbene Schaafsche Rauch- mittel erzielt. Das Mittel kann sich jedermann selbst herstellen. Leider gibt der Verein es nur an seine Mitglieder gegen eine kleine Entschädigung ab, unter der Bedingung, daß das Mittel nur im eigenen Betriebe angewandt und seine Zusammenfassung keinem anderen mitgeteilt werden darf. Das ist sehr bedauerlich; der Verein hat die Förderung der Obstzucht auf seine Fahne geschrieben, und durch das Vorgehen, dieses Räuchermittel nur seinen Mitgliedern zugänglich zu machen, fördert er keineswegs die heimische Obstzucht. Der Verein hätte besser getan, dann das Mittel vom dem Erfinder nicht anzukaufen und zu mono- polisieren, da es dann sich jedermann kaufen konnte, um so dem deutschen Volke ein gesundes Nahrungsmittel, wie es das Obst ist, nicht zu entziehen. Glücklicherweise sind ja nun die deutschen Obstzüchter nicht auf den Deut- schen Pomologenverein in dieser Beziehung allein ange- wiesen, und es stehen ihnen auch andere Mittel zur Ab- wendung der Frostgefahr zur Verfügung.

Wenn man nun auch durch das Räucherverfahren die Frostgefahr nicht ganz beseitigen kann, so kann man sie doch mit vielem Erfolge herabmindern. In den letzten Jahren hat man nun versucht, die Obstanlagen durch viele kleinere Feuer, die in nicht allzuweiten Entfernungen voneinander aufgestellt werden, zu heizen. Bei diesem mit gutem Erfolge angewandten Verfahren kommt es in erster Linie nicht auf eine große Rauchentwicklung, sondern auf eine Erwärmung der in den Anlagen vorhandenen Luftschichten an. Ein Verwehen der Hitze nach seit- licher Richtung ist, da während der Nachtfröste meist stilles Wetter herrscht, nicht zu befürchten. Die erzeugte Wärme wird vielmehr je nach der Dichtigkeit der Äste bzw. der Entfernung der Bäume mehr oder weniger zurückgehalten. Es tritt ferner hinzu, daß die aufsteigende Wärme, da die Kälte während der Frostnächte am stärksten dem Boden am nächsten ist, durch andere in entsprechenden Entfernung vom Boden befindlichen gleich warmen Luft- schichten aufgehalten wird. Als Heizmittel kommen außer Holz, Preß- oder Braunkohlen und Koks noch Mineralöle in Betracht. Verwendet man Holz, so sehe man darauf, vollständig trockene und große Stücke zu gebrauchen, da sie nach ihrer Entzündung lange Zeit unbeaufsichtigt bleiben können. Für den Gebrauch von Kohlen oder Koks muß man sich besonderer Behälter bedienen. Diese Behälter in Form von Blechkästen müssen unten mit Luftlöchern versehen sein und etwa 10 Zentimeter hoch über den Erd- boden aufgestellt werden.

Mit dem Heizen muß begonnen werden, sobald die Temperatur auf 0 Grad sinkt. Etwa 60 Feuer kommen auf den Hektar in Betracht, und zwar sind an der Windseite die Feuer möglichst dicht aufzustellen. Es ist auch nicht nötig, daß alle Feuer mit einem Male in Brand stehen, sondern man richtet sich je nach der höheren oder niedrigeren Temperatur. Die in Amerika gebräuch- liche Heizung mit Petroleum kommt für unsere Verhält- nisse, infolge zu hoher Kosten, nur wenig in Betracht. Wohl aber haben wir im Feueröl ein in offenen Schalen zu verwendendes Heizmittel. Es erzeugt jedoch viel Qualm und fettigen Rauch, so daß seinem Gebrauche Be- denken entgegenstehen.

Humoristisches

Verabschiedet. Junger Mann (beim Goldschmied): „Würden Sie wohl die Verlobungsringe, die ich in der verflochtenen Woche hier gekauft habe, zurücknehmen oder einen Tausch eingehen?“ — Goldschmied: „Passten die Ringe denn nicht?“ — Junger Mann: „Die Ringe passten, aber ich habe nicht gepasst.“

Eine gute Idee. A.: „Ja, meine Herren, gute Ideen muß man haben, wenn man weiterkommen will. So habe ich einen Freund, der Ingenieur ist und durch eine gute Idee auf einmal Millionär gewor- den ist.“ — Stimme aus der Gesellschaft: „Wie hat er das angefangen?“ — A.: „Er hat eine Millionärin ge- heiratet.“

Kleinigkeit. „Ich muß Ihnen doch sagen, Weiden- baum, daß Sie ein ganz gemeiner Betrüger, ein Schuft und ehrloser Hallunke sind!“ — „Gott... und darum lassen Sie mich eigens ans Telefon rufen?“

Verkanntes Mitgefühl. Alter Herr: „Warum weinst du denn so, mein Junge?“ — „Vater hat sich beim Na- geleinschlagen auf den Finger gebissen.“ — „Und das tut dir so leid?“ — „Ja, wo! Aber weiß ich darüber etwas, hab ich Bräuel gefreut.“

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Samstag, den 7. Februar ds. Js., nachmittags 6½ Uhr, hier im Rathause anderaumten Sitzung der Gemeinde- vertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindever- tretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mit- glieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweise darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Erhöhung des Einkommens der Hilfsbeamten.
2. Gewährung von Winterbeihilfen an entlassene Hilfsbeamten.
3. Festlegung des Gehalts für den neugewählten Bürger- meister.
4. Antrag des Wirtvereins auf Aufhebung der Accise.

Schierstein, den 3. Februar 1920.

Der Bürgermeister.

J. B.: Lang.

Verkauf von Margarine.

Freitag, den 6. ds. Mts.

findet auf dem Rathause die Ausgabe von Margarine statt und zwar:

für den Brotkarlenbezirk Nr. 4 von	8—9 Uhr
" " " " " " " "	2 " 9—10 "
" " " " " " " "	3 " 10—11 "
" " " " " " " "	1 " 11—12 "

Es werden auf jedes Familienmitglied 210 Gramm Margarine ausgegeben. 210 Gramm kosten 275 M. Brotkarlenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Diese muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen sein. Die Bezüge sind genau einzuhalten und die Beträge sind abgezählt mitzubringen.

Betr. Ausgabe von Krankenfett.

Samstag, den 7. ds. Mts. findet die Ausgabe von Krankenfett von vormittags 8—9 Uhr auf Zimmer 4 im Rathause gegen Vorzeigen kreisärztlicher Atteste statt.

Der Kleinverkaufspreis für Speisekaroffeln beträgt ab 4. Februar 1920 20 Pfennig.

Betr. Ausgabe von Lebensmitteln.

In den folgenden Lebensmittelgeschäften ordnen 250 Gramm Speiseöl, das Pfund zu 7 Mk. und 625 Zucker, " " 1.30 " zur Ausgabe.

Betr. Milchverkauf.

Der Milchverkauf findet vom 6. ds. Mts. ab in den Milchverkaufsstellen wie folgt statt:

von 9—9½ Uhr vorm für Kinder bis 4 Jahren, von 9½—10 Uhr vorm für Kinder von 5 Jahren und Ältere.

Die Zeiten sind genau einzuhalten.

Schierstein, den 3. Februar 1920.

Der Bürgermeister.

J. B.: Lang.

Vermessungsbüro Leinweber

Moritzstrasse 62. Wiesbaden. Fernruf 3878.

Ausführung von katasteramtl. Teilungsmessungen und Grenzherstellungen, Höhenaufnahmen. Anfertigung von Lageplänen zu Baugesuchen usw.

Bekanntmachung.

Die Kartoffelzeuger werden darauf hingewiesen, daß die Ablieferung der nachträglich verlangten Kar- toffeln (75 Pfund pro Kopf) spätestens

bis zum 7. ds. Mts.

im Rathause zur Ablieferung kommen müssen.

Nach Ablauf dieser Frist wird zwangsweiser Einzug erfolgen. Preis per Zentner 16 Mark.

Schierstein, den 5. Januar 1920.

Die Ortsbauernschaft.

Heinz.

Wir suchen

junges Mädchen

(ca. 15—18 Jahre alt)

zum Sortieren, Einpacken usw. welches sich auch für einige damit verbundene kl. schriftl. Arbeiten eignet.

Schulz & Braun,
Spiralbohrerfabrik

Kleines modernes Landhaus m. elektr. Beleuchtg., 3—4 Morgen groß. Gemü. und Obstgarten, (ev. Wohnhaus getrennt) in schöner Lage v. Eltville. Schierstein zu kaufen gesucht. Angebote u. Bes. unter W. R. 550 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Achtung!

Brillanten, Gold und Silber in jeder Form, sau- goldene Uhren kauft höchstzahlend

M. Krasnoborski,

Wiesbaden, Uhrmacher und Juwelier, Bleichstraße 2

Gold- und Silbermünzen kauft

M. Heine, Wiesbaden, Wellrigstraße 4.

Achtung!

Zur Frühjahrssaat in die meine

*** * Gemüse-Sämereien * ***

in nur leistungsfähiger Ware. Katalog hier zu Diensten. Beachten Sie meine beiden Schaufenster.

Samenhaus Georg Rickel, Wiesbaden
30 Wellrigstraße 30

Kaufe

Gold, Silber,

auch beschädigte Gegenstände, Service, Leuchter, Besteck, goldene und silberne Uhren, Brillanten, wie auch alle Edelmetalle zu Fabrikationspreisen.

M. Krasnoborski,

Uhrmacher und Juwelier, Wiesbaden, Bleichstraße 2

Hasen-
Kanin-
Fiegen-
Fuchs-
Reh-

Felle
Felle
Felle

kauft zu höchstem Tagespreis.

**Horn, Wiesbaden, Schwal-
bacherstr. 38. Hof lks.**

En Pair...
Damen-Chevreauftiefel

(Makarbei) Größe 37—38

zu verkaufen.

Näher, in der Geschäftsstelle.

Corsetts

nach Maß

werden aus mitgebrachtem Stoff angefertigt u. auf Maß.

Schnorr, Viebrich,

Friedrichstr. 14, II

Kleine Anzeigen

werden nur nach vorheriger

Bezahlung aufgenommen.

Für telephonisch aufgegeben.

Inserate wird keine Garantie

für den richtigen Wortlaut

übernommen.

Schiersteiner Zeitung.

Kaufe

zu hohen Preisen

Brillanten

Uhren

Gold

Silber

in jeder Form und Menge.

Singer,

Wiesbaden,

4 Langgasse 4

Möbl. Zimmer

oder Schlafstelle event. mit Kof. und Beipfl. zu

sofort gesucht.

Offerte unter W. Sch. 60

an die Geschäftsstelle.

Größ. Kammler

zum Decken empfohlen!

Buhl, Wilhelmstr. 21.

Frau oder Mädchen

für Samstags 2 Stunden

Wörthstraße 4.